Begründung:

Zusammenfassung:

Seit dem Jahr 2007 werden die Aufgaben des Vertragsgeschehens nach dem SGB XII im Land Brandenburg im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung von 17 Landkreisen und kreisfreien Städten gemeinsam wahrgenommen.

Aufgrund der Änderung des AG-SGB XII ist mit Wirkung zum 01.01.2011 eine Anpassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung notwendig.

Der vorliegende Text der Vereinbarung wurde zwischen allen Vertragspartnern abgestimmt und wird zeitlich parallel zur Beratung in allen Stadtverordnetenversammlung bzw. Kreistagen vorgelegt.

Ein Wirksamwerden der Vereinbarung ist aufgrund der gesetzlichen Regelung im § 5 Absatz 4 AG-SGB XII nur möglich, wenn alle 18 kommunalen Gebietskörperschaften der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung zustimmen.

Entsprechende Absichtserklärungen liegen von allen Oberbürgermeistern bzw. Landräten vor.

Ausgangslage im Jahr 2007

Der Landesgesetzgeber hatte zum 01.01.2007 das Gesetz zur Ausführung des XII. Buches Sozialgesetzbuch (AG-SGB XII) verabschiedet, nach dem die Aufgaben des § 97 Absatz 3 Nummer 1, 2 und 4 des SGB XII, nämlich

- die Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach den §§ 53 bis 60,
- die Leistungen der Hilfe zur Pflege nach den §§ 61 bis 66 und
- die Leistungen der Blindenhilfe nach § 72

als pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben durch die Kommunen wahrgenommen werden.

Damit erhielten die kreisfreien Städte und Landkreise ab dem 01.01.2007 neben ihrer bisherigen Aufgabe der Einzelfallbearbeitung (örtliche Zuständigkeit nach § 98 SGB XII) zusätzlich folgende bisher durch das Landesamt für Soziales und Versorgung wahrgenommenen Aufgaben (sachliche Zuständigkeit nach § 97 SGB XII):

1. Planungsaufgaben

- Erhebung und Auswertung statistischer Daten,
- Durchführung eines gemeinsamen Controllings und Berichtswesens.

2. Abstimmung und Zusammenarbeit

- Erarbeitung allgemeiner Standards der Leistungserbringung in stationären und teilstationären Einrichtungen mit dem Ziel der Sicherstellung einer bedarfsgerechten Hilfeleistung,
- Erarbeitung von Richtlinien zur Sicherstellung einer einheitlichen Rechtsanwendung.

3. Verhandlungen

- Verhandlung und Abschluss von Vereinbarungen zu Leistungen, Kosten und Maßnahmen der Qualitätssicherung mit den freien und privaten Trägern stationärer und teilstationärer Einrichtungen.

Bildung einer gemeinsamen Serviceeinheit

Um eine optimale Aufgabendurchführung sicherzustellen, haben 17 Gebietskörperschaften des Landes Brandenburg zum 01.01.2007 gemeinsam die Serviceeinheit Entgeltwesen beim Landkreis Spree-Neiße gebildet.

Rechtliche Grundlage der Zusammenarbeit ist eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung nach dem Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit in Brandenburg¹, wonach sich ein Beteiligter (hier der Landkreis Spree-Neiße) als Mandatsträger verpflichtet, Aufgaben für die Vertragspartner wahrzunehmen.

Das Kerngeschäft der Serviceeinheit umfasst seitdem folgende Aufgaben:

1. Erhebung und Auswertung statistischer Daten zur Entwicklung von Fallzahlen, Kosten und Leistungspreisen,
2. Vorbereitung des Abschlusses von Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarungen und
3. Prüfung der Entgelte sowie der Wirtschaftlichkeit und Qualität der Leistungen.

Darüber hinaus nimmt die Serviceeinheit koordinierende Aufgaben in ihrer Funktion als Geschäftsstelle der Steuerungsgruppe der 17 Vertragspartner und des Brandenburger Ausschusses wahr.

Die Serviceeinheit erbringt diese Leistungen mit durchschnittlich ca. 9 VbE. Der Aufgabenumfang bezieht sich auf ca. 450 Einrichtungen der Eingliederungshilfe landesweit.

¹ Öffentlich-rechtliche Vereinbarung nach § 23 Abs. 2 Satz 2 GKG zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB XII. Amtsblatt für Brandenburg – Nr. 16 vom 25. April 2007 S. 891 ff.

Der Jahresetat der Serviceeinheit betrug von 2007 bis 2010 konstant 640.000 EUR. Der Kostenanteil für die einzelne Stadt/den einzelnen Landkreis wird abhängig von der Einwohnerzahl ermittelt.

Bisherige Ergebnisse der kommunalen Zusammenarbeit

Die praktische Erfahrung in den letzten 4 Jahren hat gezeigt, dass die Bewältigung des Arbeitsumfanges, die Sicherstellung des notwendigen fachlichen Spezialwissens und das Management des interkommunalen Abstimmungs- und Koordinierungsbedarfes fachlich fundiert und effizient nur gemeinsam gelingen kann, wie die folgenden Beispiele zeigen:

- Erstmals seit 2007 erheben die Kommunen gemeinsam mit der Serviceeinheit ein umfangreiches Datenmaterial zur Fallzahl- und Kostenentwicklung in den einzelnen Leistungsbereichen sowie detaillierte Vergleichswerte zur Preisentwicklung in den Einrichtungen in ihrem Zuständigkeitsbereich.
- Die Kooperation der Kommunen untereinander ist sehr gut gelungen. So wurden durch die Steuerungsgruppe des öffentlich-rechtlichen Vertrages in Wahrnehmung ihrer Planungs- und Richtlinienkompetenz seit 2007 rund 70 Beschlüsse zu grundsätzlichen Fragen der Leistungserbringung und -steuerung gefasst.

Unter anderem zu folgenden Fachthemen wurden gemeinsame Empfehlungen erarbeitet bzw. Beschlüsse gefasst:

- Verfahren zur Erfassung und Auswertung der Fall- und Finanzdaten,
- Leistungstypen für tagesstrukturierende Maßnahmen,
- Umstellung der Mischvergütungen auf Hilfebedarfsgruppen in Einrichtungen für seelisch behinderte Menschen,
- Personal- und Sachkostenbemessung in Werkstätten für behinderte Menschen,
- Prüfung von Investitionsvorhaben auf wirtschaftliche Angemessenheit,
- Durchführung von Qualitätsprüfungen in stationären und teilstationären Einrichtungen.

Am 30.11.09 veranstalteten die Kommunen gemeinsam einen länderübergreifenden Fachtag zu Ergebnissen der Kommunalisierung.

- Der Brandenburger Ausschuss als gemeinsames Arbeits- und Beschlussgremium zwischen den Kommunen und der Liga der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege hat eine konstruktive Arbeit geleistet. Notwendige Abstimmungen wurden zügig herbeigeführt und die entsprechenden Beschlüsse gefasst.
- Die gemeinsam wahrgenommene Abstimmung und die Vorhaltung überregionaler Kosten- und Leistungsdaten erlaubte ein einheitliches und transparentes Auftreten gegenüber den Leistungsanbietern.

Die gemeinsame Aufgabenerfüllung hat die interkommunale Zusammenarbeit gestärkt und inhaltlich die richtigen Akzente gesetzt. Die gelungene Kooperation zwischen den örtlichen Sozialhilfeträgern sowie die in der Serviceeinheit konzentrierte Fachkompetenz werden von allen Vertragspartnern geschätzt und zeichnen die kommunale Gemeinschaft als verlässlichen Partner gegenüber den Leistungsanbietern aus.

Der Landkreis Barnim, der bisher nicht zu den Vertragspartnern der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gehörte, wurde seit Ende 2009 in die Abstimmungsprozesse und wesentlichen Entscheidungen einbezogen.

Gesetzlicher Novellierungsbedarf

Mit der Regelung zur Finanzierung der nach dem bisher gültigen AG-SGB XII übertragenen Aufgaben war eine dem Konnexitätsprinzip entsprechende auskömmliche Kostendeckung in den einzelnen Kommunen nicht gegeben.²

Nachdem 7 Kommunen gegen die Finanzierungsregelung Klage erhoben hatten, hat das Landesverfassungsgericht am 15.12.2008 den Landesgesetzgeber verpflichtet, ab dem Jahr 2010 für die den örtlichen Sozialhilfeträgern übertragenen Aufgaben eine gesonderte, finanzkraftunabhängige Kostenerstattungsregelung im Sinne des Konnexitätsprinzips zu treffen.³

Nach einem intensiven Diskussionsprozess zwischen dem zuständigen Fachministerium und den kreisfreien Städten und Landkreisen hat das Land am 23.08.2010 mit der Landtagsdrucksache 5/1843 den Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Ausführungsgesetzes zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (AG-SGB XII-E) vorgelegt. Zwischenzeitlich erfolgte am 06.10.2010 in 2. Lesung die Verabschiedung des Gesetzes durch den Landtag.

Entsprechend § 5 Absatz 4 AG-SGB XII wird die Möglichkeit eröffnet, die Aufgaben des Vereinbarungs- und Entgeltwesens weiterhin auf der Ebene der örtlichen Träger der Sozialhilfe wahrzunehmen.⁴ Dies entspricht auch dem Wunsch der Kommunen.

Aufgrund der positiven Erfahrungen mit der bisherigen interkommunalen Zusammenarbeit und mit Verweis auf die Effizienz der bisherigen Ergebnisse der Arbeit möchten die Landkreise und kreisfreien Städte diese Aufgaben auch künftig gemeinsam im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung wahrnehmen.

Neufassung der Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung

Die Neufassung des AG-SGB XII macht es notwendig, die bestehende Vereinbarung vom 17.01.2007 teilweise zu ergänzen und zu modifizieren.

² Für die Aufgabenübertragung im Rahmen des ab 01.01.2007 gültigen AG-SGB XII war in § 4 Absatz 2 bis 5 BbgFAG eine Erhöhung der Finanzausgleichsmasse ab dem Jahr 2007 vorgesehen, die nach Maßgabe der Schlüsselzuweisungen verteilt wurde.

³ Az. VfGBbg 66/07 und 68/07

⁴ siehe § 5 Abs. 4 des AG-SGB XII

In der vorliegenden überarbeiteten Fassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit Stand vom 21.10.2010 (siehe Anlage) sind folgende Änderungen gegenüber der Vereinbarung vom 17.01.2007 vorgenommen worden:

Die Änderungen sind aus der beigefügten Synopse mit Stand vom 21.10.2010 (siehe Anlage) ersichtlich. Im Einzelnen:

1 Vertragspartner

Im Rubrum ist nunmehr auch der Landkreis Barnim benannt.

2 Präambel

In Abs. 2 der Präambel wird ein Hinweis auf die Zuständigkeitsübertragung durch das Land aufgenommen, die durch Rechtsverordnung sowie unter der Voraussetzung stattfinden kann, dass alle örtlichen Träger der Sozialhilfe sicherstellen, die Aufgaben des Vereinbarungs- und Entgeltwesens gemeinsam und zentral wahrzunehmen.⁵

3 § 1, Gegenstand der Vereinbarung

Der in § 1 Abs. 1 enthaltene Aufgabenkatalog wird entsprechend den Vorgaben in § 5 Abs. 3 AG-SGB XII angepasst. Dies betrifft insbesondere die erstmals auf die Serviceeinheit zu übertragenden Aufgaben im Zusammenhang mit dem Abschluss von Versorgungsverträgen und von Pflegesatzvereinbarungen nach dem SGB XI.

In Abs. 2, der den Bereich der ambulanten, stationären und teilstationären Leistungen regelt, wird die Erfassung der Ausgaben in den Bereichen des § 97 Abs. 3 SGB XII sowie der Daten nach § 12 Abs. 2 AG-SGB XII und deren Übermittlung an das Landesamt für Soziales und Versorgung durch die Serviceeinheit geregelt. Die in Absatz 2 Nr.1 bis 3 genannten Aufgaben werden in Abstimmung mit dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe wahrgenommen.

Für die Vermeidung eines Insichgeschäftes des Landkreises Spree-Neiße als Mandatsträger und als Mandatierender wird der Absatz 3 eingefügt, wonach zu den in Absatz 1 und 2 aufgeführten Aufgaben auch die in die Zuständigkeit des Mandatsträgers fallenden entsprechenden Aufgaben zählen.

4 § 2, Aufgabenwahrnehmung

§ 2 Abs. 2 wird um die Unterstützung in den Verfahren nach § 85 Abs. 5 SGB XI ergänzt.

⁵ ebenda

5 § 6, Beitritt und Kündigung

Die Regelung einer Beitrittsmöglichkeit entfällt, da lt. AG-SGB XII § 5 Abs. 4 die Mitwirkung aller Landkreise und kreisfreien Städte an der gemeinsamen Aufgabenerfüllung Voraussetzung der Aufgabenübertragung ist.

Die Dauer der Kündigungsfrist von drei Jahren wurde gewählt, damit die Rechtsverordnung gegebenenfalls in dieser Zeit angepasst werden kann, sofern der Landkreis Spree-Neiße nicht mehr als Mandatsträger fungieren oder eine der 18 Kommunen kündigen möchte.

6 § 7, Genehmigung, In-Kraft-Treten

In § 7 Abs. 1 wird geregelt, dass die geänderte Vereinbarung an die Stelle der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung vom 17.01.2007 treten soll.

Darüber hinaus enthält der Entwurf geringfügige Änderungen im Hinblick auf die Durchführung der Vereinbarung (§ 3) und die Kostenteilung (§ 5), die das Innenverhältnis der Vertragspartner betreffen.

Der vorliegende Entwurf der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung wurde von einer Arbeitsgruppe aus Vertretern des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg, des Landkreistages Brandenburg sowie der örtlichen Sozialhilfeträger erarbeitet.

Die Steuerungsgruppe als im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gebildetes Beschlussorgan der Städte und Landkreise hat unter Beteiligung des Landkreises Barnim in seiner Sitzung am 05.10.2010 die vorliegende Fassung befürwortet und zur Beschlussfassung in den Stadtverordnetenversammlungen bzw. Kreistagen empfohlen. Städte- und Gemeindebund Brandenburg sowie der Landkreistag Brandenburg empfehlen ebenfalls die Beschlussfassung der Vereinbarung in der vorliegenden Form.

Voraussetzung für das Inkrafttreten ist, dass sich alle 18 örtlichen Sozialhilfeträger beteiligen und die Zustimmung durch das MASF erfolgt. Kommt die Zustimmung aller 18 kommunalen Gebietskörperschaften nicht zustande, bleibt das Land als überörtlicher Sozialhilfeträger zuständig für die in § 5 Absatz 3 AG-SGB XII genannten Aufgaben. Eine Aufgabenwahrnehmung wie in den Jahren 2007 bis 2010 durch den örtlichen Sozialhilfeträger wäre infolgedessen nicht mehr möglich.

Die Oberbürgermeister bzw. die Landräte aller 18 Vertragspartner haben in einer Absichtserklärung ihre Bereitschaft zur künftigen gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung erklärt (Muster siehe Anlage). Die Vereinbarung wird zeitlich parallel in allen kreisfreien Städten bzw. Landkreisen zur Beschlussfassung vorgelegt. Das Beschlussverfahren soll bis zum 15. Dezember 2010 zum Abschluss gebracht werden.

Für die erforderliche Genehmigung der Vereinbarung durch das MASF, erfolgte über die kommunalen Spitzenverbände eine entsprechende Abstimmung mit dem Ministerium. Die Änderungsvorschläge des MASF sind bereits Bestandteil der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, so dass von der Genehmigungsfähigkeit ausgegangen werden kann.

Finanzielle Auswirkungen

Aufgrund der Entwicklung der Personalkosten seit der Bildung der Serviceeinheit im Jahr 2007 sowie aufgrund des erweiterten Aufgabenbereiches anhand des Gesetzes erhöht sich der Gesamtetat der Serviceeinheit von bisher 640.000 EUR ab dem Jahr 2011 auf 688.500 EUR. Da der Landkreis Barnim ab 2011 zu den Vertragspartnern der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gehört, stehen gleichzeitig höhere Einnahmen zur Verfügung, so dass sich für die bisherigen Vertragspartner keine wesentlichen Veränderungen ergeben.

Die Bezugsgröße zur Bemessung des Anteils der Vertragspartner bleibt die Zahl der Einwohner des vorvergangenen Jahres. Durch die Veränderung der Einwohnerzahlen ergibt sich für den Landkreis Uckermark in 2011 ein Kostenanteil in Höhe von 35.939,44 EUR (Verteilung der Kostenbeiträge je Landkreis/kreisfreie Stadt siehe Anlage).

Kostenbeitrag je Landkreis / kreisfreie Stadt im Jahr 2011

Landkreis / kreisfreie Stadt	Kosten Landkreise / kreisfreie Städte 2011			Kostenbeitrag pro Quartal 2011				Summe 2011
	Bevölkerung Stand 31.12.2009	Bevölkerungsant. 31.12.2009 [%]	Kosten Serviceeinheit pro Landkreis / kreisfreie Stadt	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	
Brandenburg a. d. Havel	72.264	2,88%	19.808,01 €	4.952,00 €	4.952,00 €	4.952,00 €	4.952,01 €	19.808,01 €
Cottbus	101.671	4,05%	27.868,65 €	6.967,00 €	6.967,00 €	6.967,00 €	6.967,65 €	27.868,65 €
Frankfurt (Oder)	60.625	2,41%	16.617,69 €	4.154,00 €	4.154,00 €	4.154,00 €	4.155,69 €	16.617,69 €
Potsdam	154.606	6,16%	42.378,46 €	10.594,00 €	10.594,00 €	10.594,00 €	10.596,46 €	42.378,46 €
Barnim	176.904	7,04%	48.490,49 €	12.122,00 €	12.122,00 €	12.122,00 €	12.124,49 €	48.490,49 €
Dahme-Spreewald	161.708	6,44%	44.325,17 €	11.081,00 €	11.081,00 €	11.081,00 €	11.082,17 €	44.325,17 €
Elbe-Elster	113.586	4,52%	31.134,63 €	7.783,00 €	7.783,00 €	7.783,00 €	7.785,63 €	31.134,63 €
Havelland	154.984	6,17%	42.482,08 €	10.620,00 €	10.620,00 €	10.620,00 €	10.622,08 €	42.482,08 €
Märkisch-Oderland	191.067	7,61%	52.372,65 €	13.093,00 €	13.093,00 €	13.093,00 €	13.093,65 €	52.372,65 €
Oberhavel	202.776	8,07%	55.582,16 €	13.895,00 €	13.895,00 €	13.895,00 €	13.897,16 €	55.582,16 €
Oberspreewald- Lausitz	123.426	4,91%	33.831,83 €	8.457,00 €	8.457,00 €	8.457,00 €	8.460,83 €	33.831,83 €
Oder-Spree	185.062	7,37%	50.726,64 €	12.681,00 €	12.681,00 €	12.681,00 €	12.683,64 €	50.726,64 €
Ostprignitz-Ruppin	103.734	4,13%	28.434,13 €	7.108,00 €	7.108,00 €	7.108,00 €	7.110,13 €	28.434,13 €
Potsdam-Mittelmark	204.594	8,15%	56.080,49 €	14.020,00 €	14.020,00 €	14.020,00 €	14.020,49 €	56.080,49 €
Prignitz	83.086	3,31%	22.774,39 €	5.693,00 €	5.693,00 €	5.693,00 €	5.695,39 €	22.774,39 €
Spree-Neiße	128.470	5,12%	35.214,42 €	8.803,00 €	8.803,00 €	8.803,00 €	8.805,42 €	35.214,42 €
Teltow-Fläming	161.847	6,44%	44.363,27 €	11.090,00 €	11.090,00 €	11.090,00 €	11.093,27 €	44.363,27 €
Uckermark	131.115	5,22%	35.939,44 €	8.984,00 €	8.984,00 €	8.984,00 €	8.987,44 €	35.939,44 €
mandatier. LK / kreisfr. Städte ges.	2.511.525	100,00%	688.424,60 €	172.097,00 €	172.097,00 €	172.097,00 €	172.133,60 €	688.424,60 €

<p>Öffentlich-rechtliche Vereinbarung nach § 23 Abs. 2 Satz 2 GKG zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB XII vom 17. Januar 2007</p>	<p>Entwurf der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nach § 5 Abs. 4 AG-SGB XII in Verbindung mit § 23 Abs. 2 Satz 2 GKG zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB XII und dem SGB XI (Stand: 21. Oktober 2010)</p>
<p>Auf der Grundlage der §§ 1 und 23 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Mai 1999 (GVBl. I S. 194) in Verbindung mit § 97 Abs. 1 Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch – Sozialhilfe – (SGB XII) vom 27. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3022) und den Vorschriften des AG-SGB XII vom 6. Dezember 2006 (GVBl. I S. 166) wird zwischen</p> <p>dem Landkreis Spree-Neiße, Heinrich-Heine-Straße 1, 03149 Forst, Vertreten durch den Landrat, Dieter Friese,</p> <p>- nachfolgend „Mandatsträger“ genannt -</p> <p>und</p> <p>der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel, Neuendorfer Straße 90, 14770 Brandenburg, vertreten durch die Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann;</p> <p>der kreisfreien Stadt Frankfurt/Oder, Marktplatz 1, 15230 Frankfurt (Oder), vertreten durch den Oberbürgermeister Martin Patzelt;</p> <p>der kreisfreien Stadt Cottbus, Neumarkt 5, 03046 Cottbus, vertreten durch den Oberbürgermeister Frank Szymanski;</p> <p>der Landeshauptstadt Potsdam, Friedrich-Ebert-Straße 79-81, 14469 Potsdam, vertreten durch den Oberbürgermeister, Jann Jakobs;</p> <p>dem Landkreis Dahme-Spreewald, Reutergasse 12, 15907 Lübben,</p>	<p>Auf der Grundlage von § 5 Abs. 4 <u>Satz 2</u> des Ausführungsgesetzes zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch vom (GVBl. I S. ...) wird in entsprechender Anwendung von §§ 1 und 23 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Mai 1999 (GVBl. I S. 194), geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 13. September 2008 (GVBl. I S. 202) –zwischen</p> <p>dem Landkreis Spree-Neiße, Heinrich-Heine-Straße 1, 03149 Forst (Lausitz), vertreten durch den Landrat Harald Altekrüger</p> <p>- nachfolgend „Mandatsträger“ genannt -</p> <p>und</p> <p>der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel, Altstädtischer Markt 10, 14770 Brandenburg an der Havel, vertreten durch die Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann;</p> <p>der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder), Marktplatz 1, 15230 Frankfurt (Oder), vertreten durch den Oberbürgermeister Dr. Martin Wilke ;</p> <p>der kreisfreien Stadt Cottbus, Neumarkt 5, 03046 Cottbus, vertreten durch den Oberbürgermeister Frank Szymanski;</p> <p>der Landeshauptstadt Potsdam, Friedrich-Ebert-Straße 79-81, 14469 Potsdam, vertreten durch den Oberbürgermeister Jann Jakobs;</p>

vertreten durch den Landrat Martin Wille;

dem Landkreis Elbe-Elster, Ludwig-Jahn-Straße 2, 04916 Herzberg,
vertreten durch den Landrat Klaus Richter;

dem Landkreis Havelland, Platz der Freiheit 1, 14712 Rathenow,
vertreten durch den Landrat Dr. Burkhard Schröder;

dem Landkreis Märkisch-Oderland, Puschkinplatz 12, 15306 Seelow, vertreten
durch den Landrat Gernot Schmidt;

dem Landkreis Oberhavel, Adolf-Dechert-Straße 1, 16515 Oranienburg,
vertreten durch den Landrat Karl-Heinz-Schröter;

dem Landkreis Oberspreewald-Lausitz, Dubinaweg 1, 01968 Senftenberg,
vertreten durch den Landrat Georg Dürrschmidt;

dem Landkreis Oder-Spree, Rudolf-Breitscheid-Straße 7, 15848
Beeskow, vertreten durch den Landrat Manfred Zalenga;

dem Landkreis Ostprignitz-Ruppin, Virchowstraße 14/16, 16816
Neuruppin, vertreten durch den Landrat Christian Gilde;

dem Landkreis Potsdam-Mittelmark, Niemöllerstraße 1, 14806 Belzig, vertreten
durch den Landrat Lothar Koch;

dem Landkreis Prignitz, Berliner Straße 49, 19348 Perleberg, vertreten durch
den Landrat Hans Lange;

dem Landkreis Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde, vertreten
durch den Landrat Peer Giesecke;

dem Landkreis Barnim, Am Markt 1, 16225 Eberswalde, vertreten durch den
Landrat Bodo Ihrke;

dem Landkreis Dahme-Spreewald, Reutergasse 12, 15907 Lübben (Spreewald),
vertreten durch den Landrat Stephan Loge ;

dem Landkreis Elbe-Elster, Ludwig-Jahn-Straße 2, 04916 Herzberg (Elster),
vertreten durch den Landrat Christian Jaschinski ;

dem Landkreis Havelland, Platz der Freiheit 1, 14712 Rathenow,
vertreten durch den Landrat Dr. Burkhard Schröder;

dem Landkreis Märkisch-Oderland, Puschkinplatz 12, 15306 Seelow, vertreten
durch den Landrat Gernot Schmidt;

dem Landkreis Oberhavel, Adolf-Dechert-Straße 1, 16515 Oranienburg,
vertreten durch den Landrat Karl-Heinz-Schröter;

dem Landkreis Oberspreewald-Lausitz, Dubinaweg 1, 01968 Senftenberg,
vertreten durch den Landrat Siegurd Heinze ;

dem Landkreis Oder-Spree, Breitscheidstraße 7, 15848
Beeskow, vertreten durch den Landrat Manfred Zalenga;

dem Landkreis Ostprignitz-Ruppin, Virchowstraße 14/16, 16816
Neuruppin, vertreten durch den Landrat Ralf Reinhardt ;

dem Landkreis Potsdam-Mittelmark, Niemöllerstraße 1, 14806 Bad Belzig,
vertreten durch den Landrat Wolfgang Blasig ;

dem Landkreis Prignitz, Berliner Straße 49, 19348 Perleberg, vertreten durch
den Landrat Hans Lange;

<p>dem Landkreis Uckermark, Karl-Marx-Straße 1, 17291 Prenzlau, vertreten durch den Landrat Klemens Schmitz;</p> <p>- nachfolgend „Mandatierende“ genannt -</p> <p>folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung getroffen:</p>	<p>dem Landkreis Spree-Neiße, Heinrich-Heine-Straße 1, 03149 Forst, vertreten durch den Landrat Harald Altekrüger;</p> <p>dem Landkreis Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde, vertreten durch den Landrat Peer Giesecke;</p> <p>dem Landkreis Uckermark, Karl-Marx-Straße 1, 17291 Prenzlau, vertreten durch den Landrat Dietmar Schulze ;</p> <p>- nachfolgend „Mandatierende“ genannt -</p> <p>folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung getroffen:</p>
<p style="text-align: center;">Präambel</p> <p>Die Vertragspartner sind gemäß § 3 Abs. 2 Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch – Sozialhilfe – (SGB XII) vom 27. Dezember 2003 örtliche Träger der Sozialhilfe. Der Landesgesetzgeber wollte den örtlichen Trägern der Sozialhilfe mit dem Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom ... in Verbindung mit § 97 Abs. 1 SGB XII die Aufgaben der Sozialhilfe gemäß § 8 SGB XII mit Ausnahme der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach §§ 67 bis 69 SGB XII und der im SGB XII dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe zugewiesenen Aufgaben übertragen. Soweit diese Aufgabenübertragung wirksam ist, wollen die Vertragspartner einen Teil ihrer Aufgaben der Sozialhilfe auf der Grundlage von § 1 Abs. 1 und von § 23 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Mai 1999 gemeinsam wahrnehmen. Die gemeinsam wahrzunehmenden Aufgaben stehen in untrennbarem Zusammenhang mit den hoheitlichen Aufgaben der örtlichen Träger der Sozialhilfe. Ziel der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung ist es, unter Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten zum Wohle der den Landkreisen und Gemeinden anvertrauten Menschen einheitliche</p>	<p style="text-align: center;">Präambel</p> <p>Die Vertragspartner sind gemäß § 3 Abs. 2 Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch – Sozialhilfe – (SGB XII) vom 27. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3022) und gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AG-SGB XII) vom ... (GVBl. I S. ...) örtliche Träger der Sozialhilfe. Nach § 4 AG-SGB XII sind die örtlichen Träger der Sozialhilfe sachlich zuständig für die Leistungen der Sozialhilfe nach § 97 Abs. 3 SGB XII mit Ausnahme der dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe <u>nach § 5 AG-SGB XII</u> zugewiesenen Aufgaben.</p> <p><u>Das für Soziales zuständige Mitglied der Landesregierung kann gemäß § 5 Abs. 4 Satz 1 AG-SGB XII den Vertragspartnern durch Rechtsverordnung Den Vertragspartnern kann das für Soziales zuständige Mitglied der Landesregierung die Zuständigkeiten des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe nach § 5 Abs. 34 AG-SGB XII übertragen, wenn alle örtlichen Träger der Sozialhilfe die bestimmte gesetzlichen Voraussetzungen des § 5 Abs. 4 AG-SGB XII sicherstellen.</u> Aus diesem Grund wollen die Vertragspartner einen Teil ihrer Aufgaben der Sozialhilfe auf der Grundlage einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nach § 5</p>

<p>Lebensverhältnisse zu sichern.</p>	<p>Abs. 4 Satz 2 AG-SGB XII in entsprechender Anwendung von § 1 Abs. 1 und von § 23 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Mai 1999, geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 13. September 2008 (GVBl. I S. 202), gemeinsam und zentral wahrnehmen. Die gemeinsam wahrzunehmenden Aufgaben stehen in untrennbarem Zusammenhang mit den hoheitlichen Aufgaben der örtlichen Träger der Sozialhilfe. Ziel der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung ist es, unter Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten zum Wohle der den Landkreisen und Gemeinden anvertrauten Menschen einheitliche Lebensverhältnisse zu sichern.</p>
<p style="text-align: center;">§1 Gegenstand der Vereinbarung</p> <p>(1) Die Vertragspartner nehmen folgende Aufgaben im Bereich der stationären und teilstationären Leistungen der Sozialhilfe gemeinsam wahr:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Vorbereitung des Abschlusses von Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarungen nach § 75 Abs. 3 SGB XII;2. Prüfung der Entgelte sowie der Wirtschaftlichkeit und Qualität der Leistungen anhand der Prüfungsvereinbarungen;3. Erarbeitung gemeinsamer Grundlagen für die Angebots- und Bedarfsplanung;4. Erarbeitung von Musterentwürfen für Gesamtpläne und andere Hilfen der Fall und Prozesssteuerung;	<p style="text-align: center;">§ 1 Gegenstand der Vereinbarung</p> <p>(1) Die Vertragspartner nehmen folgende Aufgaben im Bereich der stationären und teilstationären Leistungen der Sozialhilfe gemeinsam wahr:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Vorbereitung des Abschlusses von Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarungen nach § 75 Abs. 3 und Abs. 5 SGB XII;2. Vorbereitung der Durchführung von Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen nach § 75 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 SGB XII für teilstationäre und stationäre Einrichtungen;3. Vorbereitung des Abschlusses von Vereinbarungen zur Übernahme gesondert berechneter Investitionskosten nach § 75 Abs. 5 Satz 3 SGB XII;4. Vorbereitung bei der Mitwirkung bei Abschluss und Kündigung von Versorgungsverträgen nach § 72 Abs. 2 Satz 1 SGB XI;5. Vorbereitung des Abschlusses von Pflegesatzvereinbarungen nach § 85 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 SGB XI. <p>(2) Im Bereich der ambulanten, stationären und teilstationären Leistungen der Sozialhilfe nehmen die Vertragspartner folgende Aufgaben gemeinsam wahr:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Erfassung der Ausgaben und Einnahmen in den Bereichen des § 97 Abs. 3 SGB XII sowie der Daten nach § 17 Abs. 1 AG-SGB XII und deren

<p>(2) Im Bereich der ambulanten, stationären und teilstationären Leistungen der Sozialhilfe nehmen die Vertragspartner folgende Aufgaben gemeinsam wahr:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Erarbeitung eines gemeinsamen Controllings und Berichtswesens;2. Sammeln und Vorhalten von statistischen Daten, insbesondere von Kenn- und Zielzahlen für die Steuerung sowie von Fallzahlen und von Daten zur Kostenentwicklung;3. Führen eines Einrichtungsverzeichnisses. <p>(3) Die gemeinsame Wahrnehmung weiterer, den örtlichen Trägern der Sozialhilfe auf der Grundlage von Bundes- oder Landesrecht obliegender Aufgaben im Wege einer Ergänzung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung behalten sich die Vertragspartner vor.</p>	<p>Übermittlung an das Landesamt für Soziales und Versorgung;</p> <ol style="list-style-type: none">2. Erarbeitung eines gemeinsamen Controllings und Berichtswesens;3. Sammeln und Vorhalten von statistischen Daten, insbesondere von Kenn- und Zielzahlen für die Steuerung sowie von Fallzahlen und von Daten zur Kostenentwicklung;4. Führen eines Einrichtungsverzeichnisses. <p><u>Die Aufgaben nach Nummer 1 bis 3 werden in Abstimmung mit dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe wahrgenommen.</u></p> <p><u>(3) Zu den Aufgaben nach den Absätzen 1 und 2 zählen auch die in die Zuständigkeit des Mandatsträgers fallenden entsprechenden Aufgaben.</u></p> <p>(34) Die gemeinsame Wahrnehmung weiterer, den örtlichen Trägern der Sozialhilfe auf der Grundlage von Bundes- oder Landesrecht obliegender Aufgaben im Wege einer Ergänzung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung behalten sich die Vertragspartner vor.</p>
<p style="text-align: center;">§ 2 Aufgabenwahrnehmung</p> <p>(1) Der Mandatsträger verpflichtet sich, die in § 1 Abs. 1 und 2 genannten Aufgaben nach dieser Vereinbarung für die Vertragspartner durchzuführen.</p> <p>(2) Der Mandatsträger verpflichtet sich außerdem, die Vertragspartner in Verfahren vor der Schiedsstelle und den Sozialgerichten nach § 77 Abs. 1 S. 2 und S. 3 SGB XII durch schriftliche und mündliche Stellungnahmen sowie durch Beistand in den Verhandlungen zu unterstützen, soweit die Verfahrensordnungen dies zulassen.</p> <p>(3) Diese Vereinbarung lässt die Rechte und Pflichten der Vertragspartner als örtliche Träger der Sozialhilfe unberührt. Insbesondere sind die Mandatierenden verpflichtet, die folgenden Aufgaben, die mit den übertragenen Aufgaben in unmittelbarem Zusammenhang stehen, eigenständig wahrzunehmen und hierfür</p>	<p style="text-align: center;">§ 2 Aufgabenwahrnehmung</p> <p>(1) <i>Unverändert</i></p> <p>(2) Der Mandatsträger verpflichtet sich außerdem, die Vertragspartner in Verfahren vor der Schiedsstelle und den Sozialgerichten nach § 77 Abs. 1 S. 2 und S. 3 SGB XII sowie nach § 85 Abs. 5 SGB XI durch schriftliche und mündliche Stellungnahmen sowie durch Beistand in den Verhandlungen zu unterstützen, soweit die Verfahrensordnungen dies zulassen.</p> <p>(3) Diese Vereinbarung lässt die Rechte und Pflichten der Vertragspartner als örtliche Träger der Sozialhilfe unberührt. Insbesondere sind die Mandatierenden verpflichtet, die folgenden Aufgaben, die mit den übertragenen Aufgaben in unmittelbarem Zusammenhang stehen, eigenständig wahrzunehmen und hierfür</p>

<p>ausreichend Fachpersonal vorzuhalten:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Prüfung und Bestätigung der von dem Mandatsträger ausgehandelten Kostensätze sowie Mitwirkung bei den Kostensatzverhandlungen, soweit dies unter Berücksichtigung spezifischer örtlicher Gegebenheiten erforderlich ist;2. Vertragsabschlüsse mit den einzelnen Einrichtungen;3. Einzelfallbearbeitung einschließlich Durchführung von Fallkonferenzen;4. Umsetzung des Controllings und Berichtswesens auf örtlicher Ebene,5. Kostensatzverhandlungen und Vertragsabschlüsse im ambulanten Bereich. <p>(4) Jeder Vertragspartner ist für die Vertragsabschlüsse mit den einzelnen Einrichtungen nach Abs. 3 Nr. 2 in seinem Gebiet zuständig. Die Vertragspartner erkennen diese Vertragsabschlüsse gegenseitig an.</p> <p>(5) Kooperationsvereinbarungen im Bereich der Sozialhilfe zwischen einzelnen Vertragspartnern sowie zwischen diesen und Dritten werden durch diese Vereinbarung nicht ausgeschlossen.</p>	<p>ausreichend Fachpersonal vorzuhalten:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Prüfung und Bestätigung der von dem Mandatsträger ausgehandelten Kostensätze sowie Mitwirkung bei den Kostensatzverhandlungen, soweit dies unter Berücksichtigung spezifischer örtlicher Gegebenheiten erforderlich ist;2. Vertragsabschlüsse mit den einzelnen Einrichtungen;3. Einzelfallbearbeitung einschließlich Durchführung von Fallkonferenzen;4. Umsetzung des Controllings und Berichtswesens auf örtlicher Ebene,5. Kostensatzverhandlungen und Vertragsabschlüsse im ambulanten Bereich nach § 4 AG-SGB XII in Verbindung mit § 75 Abs. 3 SGB XII, §§ 72 und 89 SGB XI. <p>(4) <i>Unverändert</i></p> <p>(5) <i>Unverändert</i></p>
<p style="text-align: center;">§ 3 Durchführung der Vereinbarung</p> <p>(1) Der Mandatsträger errichtet in seinen Diensträumen eine Serviceeinheit für die Durchführung der übertragenen Aufgaben.</p> <p>(2) Der Mandatsträger verpflichtet sich, ausreichend Fachpersonal einzusetzen und dessen notwendige Fortbildung sicherzustellen. Der Personalbedarf ist in der Anlage 1 dargestellt. Besteht Veränderungsbedarf, teilt der Mandatsträger dies jedem Vertragspartner bis zum 30. April eines Jahres mit und es erfolgt eine einvernehmliche Anpassung ab dem 1. Januar des Folgejahres.</p> <p>(3) Bei der Durchführung der Vereinbarung ist der Mandatsträger nach Maßgabe des § 4 an die Mitwirkung der übrigen Vertragspartner gebunden.</p>	<p style="text-align: center;">§ 3 Durchführung der Vereinbarung</p> <p>(1) <i>Unverändert</i></p> <p>(2) Der Mandatsträger verpflichtet sich, ausreichend Fachpersonal einzusetzen und dessen notwendige Fortbildung sicherzustellen. Besteht Veränderungsbedarf, teilt der Mandatsträger dies jedem Vertragspartner mit und es erfolgt eine einvernehmliche Anpassung.</p> <p>(3) <i>Unverändert</i></p>

<p style="text-align: center;">§ 4 Ständige Steuerungsgruppe</p> <p>(1) Die Vertragspartner bilden eine ständige Steuerungsgruppe, in die jeder Vertragspartner einen Vertreter aus dem Kreis der für Soziales zuständigen Beigeordneten, Dezernenten oder Amtsleiter bzw. vergleichbarer Funktionsebenen entsendet. Die ständige Steuerungsgruppe fasst Beschlüsse zu allen wichtigen Angelegenheiten nach § 1 Abs. 1 und 2, § 3 Abs. 2 und § 5 Abs. 1 dieser Vereinbarung.</p> <p>(2) Beschlüsse der ständigen Steuerungsgruppe bedürfen der Zustimmung von zwei Dritteln der bei der Beschlussfassung anwesenden Mitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Das Nähere regelt eine von der ständigen Steuerungsgruppe zu erlassende Geschäftsordnung.</p>	<p style="text-align: center;">§ 4 Ständige Steuerungsgruppe</p> <p>(1) Unverändert (1) <u>Die Vertragspartner bilden eine ständige Steuerungsgruppe, in die jeder Vertragspartner einen Vertreter aus dem Kreis der für Soziales zuständigen Beigeordneten, Dezernenten oder Amtsleiter bzw. vergleichbarer Funktionsebenen entsendet. Die ständige Steuerungsgruppe fasst Beschlüsse zu allen wichtigen Angelegenheiten nach § 1 Abs. 1 und 2, § 3 Abs. 2 und § 5 dieser Vereinbarung.</u></p> <p>(2) <i>Unverändert</i></p>
<p style="text-align: center;">§ 5 Kostenverteilung</p> <p>(1) Der Mandatsträger trägt die für die Einrichtung und Unterhaltung der Serviceeinheit notwendigen Kosten, die in der Anlage 2 aufgeführt sind.</p> <p>(2) Die Vertragspartner beteiligen sich anteilig an den in Abs. 1 genannten Kosten in Form eines Kostenanteils, der nach dem Anteil des jeweiligen Vertragspartners an der Einwohnerzahl aller Vertragspartner berechnet wird. Als Einwohnerzahl für die erstmalige Berechnung des Kostenanteils gilt die in der amtlichen Statistik zum 31. Dezember 2005 erfasste Bevölkerung.</p> <p>(3) Grundlage für die Ermittlung der Personal- und Sachkosten sind:</p> <ol style="list-style-type: none">1. der Personalbedarf gemäß § 3 Abs. 2 in Verbindung mit der Anlage 1 dieser Vereinbarung;2. die sich daraus ergebenden Kosten eines Arbeitsplatzes, ermittelt nach den	<p style="text-align: center;">§ 5 Kostenverteilung</p> <p>(1) Der Mandatsträger trägt die für die Einrichtung und Unterhaltung der Serviceeinheit notwendigen Kosten.</p> <p>(2) Die Vertragspartner beteiligen sich anteilig an den in Abs. 1 genannten Kosten in Form eines Kostenanteils, der nach dem Anteil des jeweiligen Vertragspartners an der Einwohnerzahl aller Vertragspartner berechnet wird. Als Einwohnerzahl für die Berechnung des Kostenanteils gilt die in der amtlichen Statistik erfasste Bevölkerung.</p> <p>(3) Grundlage für die Ermittlung der Personal- und Sachkosten sind:</p> <ol style="list-style-type: none">1. der Personalbedarf gemäß § 3 Abs. 2 dieser Vereinbarung;2. die sich daraus ergebenden Kosten eines Arbeitsplatzes, ermittelt nach den Vorgaben des jeweils aktuellen KGSt-Berichts unter

<p>Vorgaben des jeweils aktuellen KGSt-Berichts unter Berücksichtigung:</p> <ul style="list-style-type: none">- der durchschnittlichen anteiligen Personalkosten einschließlich der Personalnebenausgaben;- der durchschnittlichen anteiligen Sachkosten eines Büroarbeitsplatzes mit Technikunterstützung;- der durchschnittlichen anteiligen Verwaltungsgemeinkosten;- der Honorarkosten einschließlich der anteiligen Sachkosten für einen Nicht-Büroarbeitsplatz. <p>(4) Der Kostenbeitrag ist jeweils zum 15. Februar, zum 15. Mai, zum 15. August und zum 15. November in Form von Abschlägen in der aus der Anlage 3 ersichtlichen Höhe an den Mandatsträger zu überweisen. Bis zum 31. März des Folgejahres erstellt der Mandatsträger eine Spitzabrechnung der im Vorjahr angefallenen Kosten. Deren Ergebnis wird mit dem Abschlag für das 2. Quartal verrechnet. Die Vertragspartner vereinbaren auf der Grundlage der Abrechnung die künftige Höhe der Abschläge. Bei der Ermittlung des Kostenanteils wird die in der amtlichen Statistik zum 31. Dezember des vorvergangenen Jahres erfasste Bevölkerung der Vertragspartner, beginnend mit dem 31. Dezember 2005, zugrunde gelegt.</p>	<p>Berücksichtigung:</p> <ul style="list-style-type: none">- der durchschnittlichen anteiligen Personalkosten einschließlich der Personalnebenausgaben;- der durchschnittlichen anteiligen Sachkosten eines Büroarbeitsplatzes mit Technikunterstützung;- der durchschnittlichen anteiligen Verwaltungsgemeinkosten;- der Honorarkosten einschließlich der anteiligen Sachkosten für einen Nicht-Büroarbeitsplatz. <p>(4) Der Kostenbeitrag ist jeweils zum 15. Februar, zum 15. Mai, zum 15. August und zum 15. November in Form von Abschlägen an den Mandatsträger zu überweisen. Bis zum 31. März des Folgejahres erstellt der Mandatsträger eine Spitzabrechnung der im Vorjahr angefallenen Kosten. Deren Ergebnis wird mit dem Abschlag für das 2. Quartal verrechnet. Die Vertragspartner vereinbaren auf der Grundlage der Abrechnung die künftige Höhe der Abschläge. Bei der Ermittlung des Kostenanteils wird die in der amtlichen Statistik zum 31. Dezember des vorvergangenen Jahres erfasste Bevölkerung der Vertragspartner zugrunde gelegt.</p>
<p style="text-align: center;">§ 6 Beitritt und Kündigung</p> <p>(1) Die Vereinbarung wird auf unbefristete Zeit geschlossen.</p> <p>(2) Dieser Vereinbarung können weitere Landkreise und kreisfreie Städte im Land Brandenburg beitreten. Der Mandatsträger wird ermächtigt, Beitrittsverhandlungen im Namen der Vertragspartner zu führen.</p> <p>(3) Jeder Vertragspartner kann diese Vereinbarung erstmals nach Ablauf von 3 Jahren zum 31. Dezember eines jeden Jahres mit einer Frist von zwölf Monaten kündigen.</p> <p>(4) Sollte eine einvernehmliche Anpassung des Personalbedarfs nach § 3 Abs. 2</p>	<p style="text-align: center;">§ 6 Kündigung</p> <p>(1) <i>Unverändert</i></p> <p>(2) Jeder Vertragspartner kann diese Vereinbarung erstmals nach Ablauf von 3 Jahren zum 30. Juni eines jeden Jahres mit einer Frist von drei Jahren kündigen.</p> <p>(3) Die Kündigung eines Mandatierenden hat zur Folge, dass die Zusammenarbeit aller Vertragspartner auf der Grundlage dieser Vereinbarung mit Wirksamwerden der Kündigung endet.</p>

dieser Vereinbarung nicht zustande kommen, ist der Mandatsträger berechtigt, die Vereinbarung mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende zu kündigen.

(5) Die Kündigung eines Mandatierenden berührt den Fortbestand dieser Vereinbarung für die übrigen Vertragspartner nicht. Im Falle der Kündigung eines Mandatierenden haben die übrigen Vertragspartner das Recht auf Überprüfung und Anpassung des Kostenbeitrages.

(6) Wird durch Kündigung die Mindestzahl von zehn Mandatierenden unterschritten, verständigen sich die verbleibenden Vertragspartner innerhalb von drei Monaten nach Zugang der zuletzt erklärten Kündigung über die Fortführung der Vereinbarung. Der Mandatsträger fordert unverzüglich zu Neuverhandlungen auf. Kommt eine Einigung nicht zustande, kann jeder Vertragspartner die Vereinbarung mit Wirkung zu dem Zeitpunkt, zu dem die zuletzt erklärte Kündigung wirksam wird, ohne Einhaltung der zwölfmonatigen Kündigungsfrist kündigen.

(7) Bei Kündigung durch den Mandatsträger verpflichten sich die Vertragspartner, unverzüglich Verhandlungen zur Fortführung der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung aufzunehmen.

(8) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund, z. B. bei Änderung der gesetzlichen Grundlagen oder im Falle einer rechtskräftigen Gerichts- oder Kommissionsentscheidung zur Vergaberechtswidrigkeit dieser Vereinbarung, bleibt unberührt.

(9) Die Kündigung bedarf der Schriftform. Sie ist an alle Vertragspartner zu richten.

(4) Bei Kündigung durch den Mandatsträger oder einen Mandatierenden verpflichten sich die Vertragspartner, unverzüglich Verhandlungen zur Fortführung der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung im Sinne des § 5 Absatz 4 AG-SGB XII aufzunehmen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn andere Umstände dazu führen, dass diese Vereinbarung nicht alle nach § 4 Absatz 1 AG-SGB XII sachlich zuständigen Träger der Sozialhilfe im Land Brandenburg erfasst.

(5) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund, z. B. bei Änderung der gesetzlichen Grundlagen oder im Falle einer rechtskräftigen Gerichts- oder Kommissionsentscheidung zur Vergaberechtswidrigkeit dieser Vereinbarung, bleibt unberührt.

(6) Die Kündigung bedarf der Schriftform. Sie ist an alle Vertragspartner zu richten.

<p style="text-align: center;">§ 7 Genehmigung, Inkrafttreten</p>	<p style="text-align: center;">§ 7 Genehmigung, Inkrafttreten</p>
<p>(1) Die Vereinbarung bedarf der Genehmigung des Ministeriums des Innern. Der Mandatsträger verpflichtet sich, diese einzuholen.</p> <p>(2) Die Vereinbarung wird am Tag nach ihrer Bekanntmachung im amtlichen Veröffentlichungsblatt des Ministeriums des Innern wirksam.</p>	<p>(1) Diese Vereinbarung tritt an die Stelle der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nach § 23 Abs. 2 Satz 2 GKG zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB XII vom 17. Januar 2007 (ABl. 2007, S. 891), welche mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung endet.</p> <p>(2) Die Vereinbarung bedarf der Genehmigung der in § 4 Abs. 2 Satz 2 AG-SGB XII bestimmten Aufsichtsbehörde. Der Mandatsträger verpflichtet sich, diese einzuholen.</p> <p>(3) Die Vereinbarung wird am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Veröffentlichungsblatt der Aufsichtsbehörde wirksam.</p>

.....
Ort, Datum Funktionsbezeichnung und Name
der Außenvertretungsberechtigten

Forst (Lausitz)

.....
Ort, Datum Landrat Vertreter

Brandenburg an der Havel

.....
Ort, Datum Oberbürgermeisterin Vertreter

.....
Ort, Datum Funktionsbezeichnung und Name
der Außenvertretungsberechtigten

Oranienburg

.....
Ort, Datum Landrat Vertreter

Senftenberg

.....
Ort, Datum Landrat Vertreter

Entwurf
der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nach § 5 Abs. 4 AG-SGB XII in Verbindung mit
§ 23 Abs. 2 Satz 2 GKG zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB
XII und dem SGB XI (Stand: 21. Oktober 2010)

Auf der Grundlage von § 5 Abs. 4 Satz 2 des Ausführungsgesetzes zum Zwölften Buch Sozialgesetzbuch vom (GVBl. I S. ...) wird in entsprechender Anwendung von §§ 1 und 23 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Mai 1999 (GVBl. I S. 194), geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 13. September 2008 (GVBl. I S. 202) zwischen

dem Landkreis Spree-Neiße, Heinrich-Heine-Straße 1, 03149 Forst (Lausitz), vertreten durch den Landrat Harald Altekrüger

- nachfolgend „Mandatsträger“ genannt -

und

der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel, Altstädtischer Markt 10, 14770 Brandenburg an der Havel, vertreten durch die Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann;

der kreisfreien Stadt Cottbus, Neumarkt 5, 03046 Cottbus, vertreten durch den Oberbürgermeister Frank Szymanski;

der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder), Marktplatz 1, 15230 Frankfurt (Oder), vertreten durch den Oberbürgermeister Dr. Martin Wilke;

der Landeshauptstadt Potsdam, Friedrich-Ebert-Straße 79-81, 14469 Potsdam, vertreten durch den Oberbürgermeister Jann Jakobs;

dem Landkreis Barnim, Am Markt 1, 16225 Eberswalde, vertreten durch den Landrat Bodo Ihrke;

dem Landkreis Dahme-Spreewald, Reutergasse 12, 15907 Lübben (Spreewald), vertreten durch den Landrat Stephan Loge;

dem Landkreis Elbe-Elster, Ludwig-Jahn-Straße 2, 04916 Herzberg (Elster), vertreten durch den Landrat Christian Jaschinski;

dem Landkreis Havelland, Platz der Freiheit 1, 14712 Rathenow, vertreten durch den Landrat Dr. Burkhard Schröder;

dem Landkreis Märkisch-Oderland, Puschkinplatz 12, 15306 Seelow, vertreten durch den Landrat Gernot Schmidt;

dem Landkreis Oberhavel, Adolf-Dechert-Straße 1, 16515 Oranienburg, vertreten durch den Landrat Karl-Heinz-Schröter;

dem Landkreis Oberspreewald-Lausitz, Dubinaweg 1, 01968 Senftenberg, vertreten durch den Landrat Siegurd Heinze;

dem Landkreis Oder-Spree, Breitscheidstraße 7, 15848 Beeskow, vertreten durch den Landrat Manfred Zalenga;

dem Landkreis Ostprignitz-Ruppin, Virchowstraße 14/16, 16816 Neuruppin, vertreten durch den Landrat Ralf Reinhardt;

dem Landkreis Potsdam-Mittelmark, Niemöllerstraße 1, 14806 Bad Belzig, vertreten durch den Landrat Wolfgang Blasig;

dem Landkreis Prignitz, Berliner Straße 49, 19348 Perleberg, vertreten durch den Landrat Hans Lange;

dem Landkreis Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde, vertreten durch den Landrat Peer Giesecke;

dem Landkreis Uckermark, Karl-Marx-Straße 1, 17291 Prenzlau, vertreten durch den Landrat Dietmar Schulze;

- nachfolgend „Mandatierende“ genannt -

folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung getroffen:

Präambel

Die Vertragspartner sind gemäß § 3 Abs. 2 Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch – Sozialhilfe – (SGB XII) vom 27. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3022) und gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AG-SGB XII) vom ... (GVBl. I S. ...) örtliche Träger der Sozialhilfe. Nach § 4 AG-SGB XII sind die örtlichen Träger der Sozialhilfe sachlich zuständig für die Leistungen der Sozialhilfe nach § 97 Abs. 3 SGB XII mit Ausnahme der dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe nach § 5 AG-SGB XII zugewiesenen Aufgaben.

Das für Soziales zuständige Mitglied der Landesregierung kann gemäß § 5 Abs. 4 Satz 1 AG-SGB XII den Vertragspartnern durch Rechtsverordnung die Zuständigkeiten des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe nach § 5 Abs. 3 AG-SGB XII übertragen, wenn alle örtlichen Träger der Sozialhilfe die gesetzlichen Voraussetzungen des § 5 Abs. 4 AG-SGB XII sicherstellen. Aus diesem Grund wollen die Vertragspartner einen Teil ihrer Aufgaben der Sozialhilfe auf der Grundlage einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nach § 5 Abs. 4 Satz 2 AG-SGB XII in entsprechender Anwendung von § 1 Abs. 1 und von § 23 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Mai 1999, geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 13. September 2008 (GVBl. I S. 202), gemeinsam und zentral wahrnehmen. Die gemeinsam wahrzunehmenden Aufgaben stehen in untrennbarem Zusammenhang mit den hoheitlichen Aufgaben der örtlichen Träger der Sozialhilfe. Ziel der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung ist es, unter Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten zum Wohle der den Landkreisen und Gemeinden anvertrauten Menschen einheitliche Lebensverhältnisse zu sichern.

§ 1 Gegenstand der Vereinbarung

- (1) Die Vertragspartner nehmen folgende Aufgaben im Bereich der stationären und teilstationären Leistungen der Sozialhilfe gemeinsam wahr:
1. Vorbereitung des Abschlusses von Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarungen nach § 75 Abs. 3 und Abs. 5 SGB XII;
 2. Vorbereitung der Durchführung von Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen nach § 75 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 SGB XII für teilstationäre und stationäre Einrichtungen;
 3. Vorbereitung des Abschlusses von Vereinbarungen zur Übernahme gesondert berechneter Investitionskosten nach § 75 Abs. 5 Satz 3 SGB XII;
 4. Vorbereitung bei der Mitwirkung bei Abschluss und Kündigung von Versorgungsverträgen nach § 72 Abs. 2 Satz 1 SGB XI;
 5. Vorbereitung des Abschlusses von Pflegesatzvereinbarungen nach § 85 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 SGB XI.
- (2) Im Bereich der ambulanten, stationären und teilstationären Leistungen der Sozialhilfe nehmen die Vertragspartner folgende Aufgaben gemeinsam wahr:
1. Erfassung der Ausgaben und Einnahmen in den Bereichen des § 97 Abs. 3 SGB XII sowie der Daten nach § 17 AG-SGB XII und deren Übermittlung an das Landesamt für Soziales und Versorgung;
 2. Erarbeitung eines gemeinsamen Controllings und Berichtswesens;
 3. Sammeln und Vorhalten von statistischen Daten, insbesondere von Kenn- und Zielzahlen für die Steuerung sowie von Fallzahlen und von Daten zur Kostenentwicklung;
 4. Führen eines Einrichtungsverzeichnisses.

Die Aufgaben nach Nummer 1 bis 3 werden in Abstimmung mit dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe wahrgenommen.

- (3) Zu den Aufgaben nach den Absätzen 1 und 2 zählen auch die in die Zuständigkeit des Mandatsträgers fallenden entsprechenden Aufgaben.
- (4) Die gemeinsame Wahrnehmung weiterer, den örtlichen Trägern der Sozialhilfe auf der Grundlage von Bundes- oder Landesrecht obliegender Aufgaben im Wege einer Ergänzung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung behalten sich die Vertragspartner vor.

§ 2 Aufgabenwahrnehmung

- (1) Der Mandatsträger verpflichtet sich, die in § 1 Abs. 1 und 2 genannten Aufgaben nach dieser Vereinbarung für die Vertragspartner durchzuführen.

- (2) Der Mandatsträger verpflichtet sich außerdem, die Vertragspartner in Verfahren vor der Schiedsstelle und den Sozialgerichten nach § 77 Abs. 1 S. 2 und S. 3 SGB XII sowie nach § 85 Abs. 5 SGB XI durch schriftliche und mündliche Stellungnahmen sowie durch Beistand in den Verhandlungen zu unterstützen, soweit die Verfahrensordnungen dies zulassen.
- (3) Diese Vereinbarung lässt die Rechte und Pflichten der Vertragspartner als örtliche Träger der Sozialhilfe unberührt. Insbesondere sind die Mandatierenden verpflichtet, die folgenden Aufgaben, die mit den übertragenen Aufgaben in unmittelbarem Zusammenhang stehen, eigenständig wahrzunehmen und hierfür ausreichend Fachpersonal vorzuhalten:
 1. Prüfung und Bestätigung der von dem Mandatsträger ausgehandelten Kostensätze sowie Mitwirkung bei den Kostensatzverhandlungen, soweit dies unter Berücksichtigung spezifischer örtlicher Gegebenheiten erforderlich ist;
 2. Vertragsabschlüsse mit den einzelnen Einrichtungen;
 3. Einzelfallbearbeitung einschließlich Durchführung von Fallkonferenzen;
 4. Umsetzung des Controllings und Berichtswesens auf örtlicher Ebene;
 5. Kostensatzverhandlungen und Vertragsabschlüsse im ambulanten Bereich nach § 4 AG-SGB XII in Verbindung mit § 75 Abs. 3 SGB XII, §§ 72 und 89 SGB XI.
- (4) Jeder Vertragspartner ist für die Vertragsabschlüsse mit den einzelnen Einrichtungen nach Abs. 3 Nr. 2 in seinem Gebiet zuständig. Die Vertragspartner erkennen diese Vertragsabschlüsse gegenseitig an.
- (5) Kooperationsvereinbarungen im Bereich der Sozialhilfe zwischen einzelnen Vertragspartnern sowie zwischen diesen und Dritten werden durch diese Vereinbarung nicht ausgeschlossen.

§ 3

Durchführung der Vereinbarung

- (1) Der Mandatsträger errichtet in seinen Diensträumen eine Serviceeinheit für die Durchführung der übertragenen Aufgaben.
- (2) Der Mandatsträger verpflichtet sich, ausreichend Fachpersonal einzusetzen und dessen notwendige Fortbildung sicherzustellen. Besteht Veränderungsbedarf, teilt der Mandatsträger dies jedem Vertragspartner mit und es erfolgt eine einvernehmliche Anpassung.
- (3) Bei der Durchführung der Vereinbarung ist der Mandatsträger nach Maßgabe des § 4 an die Mitwirkung der übrigen Vertragspartner gebunden.

§ 4

Ständige Steuerungsgruppe

- (1) Die Vertragspartner bilden eine ständige Steuerungsgruppe, in die jeder Vertragspartner einen Vertreter aus dem Kreis der für Soziales zuständigen Beigeordneten, Dezernenten oder Amtsleiter bzw. vergleichbarer Funktionsebenen entsendet. Die ständige Steuerungs-

gruppe fasst Beschlüsse zu allen wichtigen Angelegenheiten nach § 1 Abs. 1 und 2, § 3 Abs. 2 und § 5 dieser Vereinbarung.

- (2) Beschlüsse der ständigen Steuerungsgruppe bedürfen der Zustimmung von zwei Dritteln der bei der Beschlussfassung anwesenden Mitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Das Nähere regelt eine von der ständigen Steuerungsgruppe zu erlassende Geschäftsordnung.

§ 5

Kostenverteilung

- (1) Der Mandatsträger trägt die für die Einrichtung und Unterhaltung der Serviceeinheit notwendigen Kosten.
- (2) Die Vertragspartner beteiligen sich anteilig an den in Abs. 1 genannten Kosten in Form eines Kostenanteils, der nach dem Anteil des jeweiligen Vertragspartners an der Einwohnerzahl aller Vertragspartner berechnet wird. Als Einwohnerzahl für die Berechnung des Kostenanteils gilt die in der amtlichen Statistik erfasste Bevölkerung.
- (3) Grundlage für die Ermittlung der Personal- und Sachkosten sind:
1. der Personalbedarf gemäß § 3 Abs. 2 dieser Vereinbarung;
 2. die sich daraus ergebenden Kosten eines Arbeitsplatzes, ermittelt nach den Vorgaben des jeweils aktuellen KGSt-Berichts unter Berücksichtigung:
 - der durchschnittlichen anteiligen Personalkosten einschließlich der Personalnebenausgaben;
 - der durchschnittlichen anteiligen Sachkosten eines Büroarbeitsplatzes mit Technikunterstützung;
 - der durchschnittlichen anteiligen Verwaltungsgemeinkosten;
 - der Honorarkosten einschließlich der anteiligen Sachkosten für einen Nicht-Büroarbeitsplatz.
- (4) Der Kostenbeitrag ist jeweils zum 15. Februar, zum 15. Mai, zum 15. August und zum 15. November in Form von Abschlägen an den Mandatsträger zu überweisen. Bis zum 31. März des Folgejahres erstellt der Mandatsträger eine Spitzabrechnung der im Vorjahr angefallenen Kosten. Deren Ergebnis wird mit dem Abschlag für das 2. Quartal verrechnet. Die Vertragspartner vereinbaren auf der Grundlage der Abrechnung die künftige Höhe der Abschläge. Bei der Ermittlung des Kostenanteils wird die in der amtlichen Statistik zum 31. Dezember des vorvergangenen Jahres erfasste Bevölkerung der Vertragspartner zugrunde gelegt.

§ 6

Kündigung

- (1) Die Vereinbarung wird auf unbefristete Zeit geschlossen.
- (2) Jeder Vertragspartner kann diese Vereinbarung erstmals nach Ablauf von 3 Jahren zum 30. Juni eines jeden Jahres mit einer Frist von drei Jahren kündigen.

- (3) Die Kündigung eines Mandatierenden hat zur Folge, dass die Zusammenarbeit aller Vertragspartner auf der Grundlage dieser Vereinbarung mit Wirksamwerden der Kündigung endet.
- (4) Bei Kündigung durch den Mandatsträger oder einen Mandatierenden verpflichten sich die Vertragspartner, unverzüglich Verhandlungen zur Fortführung der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung im Sinne des § 5 Abs. 4 AG-SGB XII aufzunehmen. Satz 1 gilt entsprechend, wenn andere Umstände dazu führen, dass diese Vereinbarung nicht alle nach § 4 Abs. 1 AG-SGB XII sachlich zuständigen Träger der Sozialhilfe im Land Brandenburg erfasst.
- (5) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund, z. B. bei Änderung der gesetzlichen Grundlagen oder im Falle einer rechtskräftigen Gerichts- oder Kommissionsentscheidung zur Vergaberechtswidrigkeit dieser Vereinbarung, bleibt unberührt.
- (6) Die Kündigung bedarf der Schriftform. Sie ist an alle Vertragspartner zu richten.

§ 7

Genehmigung, Inkrafttreten

- (1) Diese Vereinbarung tritt an die Stelle der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nach § 23 Abs. 2 Satz 2 GKG zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB XII vom 17. Januar 2007 (ABl. 2007, S. 891), welche mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung endet.
- (2) Die Vereinbarung bedarf der Genehmigung der in § 4 Abs. 2 Satz 2 AG-SGB XII bestimmten Aufsichtsbehörde. Der Mandatsträger verpflichtet sich, diese einzuholen.
- (3) Die Vereinbarung wird am Tag nach ihrer Bekanntmachung im Veröffentlichungsblatt der Aufsichtsbehörde wirksam.

Ort, Datum Funktionsbezeichnung und Name der Außenvertretungsberechtigten

Forst (Lausitz)

.....
Ort, Datum

Landrat

Vertreter

Brandenburg an der Havel

.....
Ort, Datum

Oberbürgermeister

Vertreter

Cottbus

.....
Ort, Datum Oberbürgermeister Vertreter

Frankfurt (Oder)

.....
Ort, Datum Oberbürgermeister Vertreter

Potsdam

.....
Ort, Datum Oberbürgermeister Vertreter

Eberswalde

.....
Ort, Datum Landrat Vertreter

Lübben (Spreewald)

.....
Ort, Datum Landrat Vertreter

Herzberg (Elster)

.....
Ort, Datum Landrat Vertreter

Rathenow

.....
Ort, Datum Landrat Vertreter

Seelow

.....
Ort, Datum Landrat Vertreter

Oranienburg

.....
Ort, Datum Landrat Vertreter

Senftenberg

.....
Ort, Datum Landrat Vertreter

Beeskow

.....
Ort, Datum Landrat Vertreter

Neuruppin

.....
Ort, Datum Landrat Vertreter

Bad Belzig

.....
Ort, Datum Landrat Vertreter

Perleberg

.....
Ort, Datum Landrat Vertreter

Luckenwalde

.....
Ort, Datum Landrat Vertreter

Prenzlau

.....
Ort, Datum Landrat Vertreter

Serviceeinheit Entgeltwesen

Muster – Stand: 16.09.2010

**Absichtserklärung zur Aufgabenwahrnehmung für das Vertragswesen nach
§ 5 Absatz 4 AG-SGB XII-E**

Als örtlicher Träger der Sozialhilfe beabsichtigt die kreisfreie Stadt/der Landkreis mit den anderen örtlichen Trägern der Sozialhilfe eine Vereinbarung abzuschließen und sicherzustellen, dass die Vorbereitung des Abschlusses der in § 5 Absatz 3 AG-SGB XII-E genannten Vereinbarungen und Versorgungsverträge und die Vorbereitung der Durchführung von Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen nach § 75 Absatz 3 Nummer 3 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch für teilstationäre und stationäre Einrichtungen für die in § 4 AG-SGB XII-E benannten Leistungen gemeinsam und zentral wahrgenommen werden.

Landrat/Oberbürgermeister